

Parteienstaats darstellt. Im fünften Kapitel stehen, wie bereits erwähnt, die beiden abgeschlossenen Föderalismusreformen von 2006 und 2009 im Mittelpunkt, ergänzt um prospektiv formulierte Überlegungen zu einer „dritten Föderalismusreform“ (S. 208), bei denen vor allem die Frage nach den Folgen der beiden ersten Reformen angerissen wird.

Das Buch endet mit einem kurzen Blick in vier Nachbarstaaten Deutschlands (Großbritannien, Frankreich, Polen, Tschechische Republik), die sich von stark zentralisierten Einheitsstaaten auf den Weg zu einer größeren Dezentralisierung, möglicherweise auch Föderalisierung ihrer politischen Systeme begeben haben, wobei letzteres aber nach Ansicht von *Sturm* noch nicht der Fall zu sein scheint.

Das Buch ist in der Reihe „Studienkurs Politikwissenschaft“ des Nomos-Verlages erschienen und wird dem Anspruch der Herausgeber dieser Reihe, einen „schnellen und einführnden Einstieg in Grundfragen und -themen der Politikwissenschaft“ (Homepage des Nomos-Verlages) zu eröffnen, gerecht. Insbesondere für Studierende sind die bibliographischen Hinweise und „Kontrollfragen“ am Ende der Kapitel hilfreich. Aber auch für den interessierten Fachwissenschaftler ist der Band mit seinem aktuellen Überblick über den Stand der Föderalismusforschung lohnend.

Sven Leunig

Parteiendemokratie in Deutschland: Absage an den Abgesang

Liedbegener, Antonius und Torsten Oppeland (Hrsg.): Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009, 574 Seiten, € 89,-.

Die Parteien gehören in allen modernen Demokratien zu den wichtigsten Trägern der politischen Ordnung. Doch die Zeichen mehren sich, dass das Modell der Parteiendemokratie, im 20. Jahrhundert zur erfolgreichsten Form repräsentativer Demokratie aufgestiegen, zunehmend unter Anpassungsdruck gerät. Einerseits schwinden die Handlungsspielräume der Nationalstaaten durch Globalisierung und europäische Integration; andererseits erwartet die Bevölkerung, durch neue Formen politischer Beteiligung eingebunden zu werden, während gleichzeitig das Vertrauen in Parteien und politische Eliten, auf dem die Legitimität der repräsentativen Demokratie beruht, nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen ist. Das bisher erfolgreiche Modell, so die Herausgeber, scheint heute „in eine erneute Phase der Bewährung eingetreten“; junge wie etablierte Parteiendemokratien müssen ihre Stärke unter deutlich veränderten Bedingungen beweisen (S. 12).

Der Sammelband zieht eine vergleichende Bilanz der historisch wie aktuell beobachtbaren Erfahrungen mit der Parteiendemokratie – im Sinne *Karl Mannheims* als Gleichzeitigkeit des entwicklungsgeschichtlich Ungleichzeitigen. Er spannt dazu einen weiten Bogen, der von der historischen Entwicklung des deutschen Parteienstaats in der Weimarer Republik bis heute (1. Kapitel), über die Bedeutung der Parteien im Institutionengefüge der Bundesrepublik (2.), die Entwicklung des deutschen Parteiensystems und die Diskussion um die „Krise der Parteien“ (3.), die in Thüringen beziehungsweise in den jungen Bundesländern entstandene Parteiendemokratie (4.), die Entwicklung der Parteiendemokratie in den westlichen (5.) und den nachholenden Demokratien (6.) bis zu einem Ausblick auf die wachsende internationale Ausrichtung der Parteien im 7. Kapitel reicht. Mit dieser Festle-

gung auf ein Leitthema ist der innere Zusammenhang für die insgesamt 35 Beiträge aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischen Stiftungen gegeben. Es ist das wissenschaftliche Leitthema des zu ehrenden Jenaer Politikwissenschaftlers *Karl Schmitt*.

Lesenswert ist die Bilanz *Hans Vorländers* über 60 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Diskussion um den Verfassungspatriotismus als dessen politisch-kulturelle Unterfütterung. Wie stark sich heute die Rolle der Parteien zum Positiven gewendet hat, zeigen die Anmerkungen *Klaus Dickes* zu ihrer Wahrnehmung in der frühen Weimarer Republik; und *Michal Mertes* erinnert daran, dass mit der Zeitenwende der „1968er“ die Erosion traditioneller sozialmoralischer Milieus einhergeht, die historisch zur Stabilität des westdeutschen Parteiensystems entscheidend beitrugen. Dass auch Parteien vergleichbar zu Sozialen Bewegungen als „geschichtspolitische Akteure“ kollektive symbolische Identitäten konstruieren, diskutiert *Torsten Oppelland* am Beispiel der 68er Vergangenheit von *Joschka Fischer*.

Im zweiten Kapitel fragt *Hans-Peter Schwarz*, woran Bundeskanzler scheitern, und macht als maßgeblichen Faktor ihrer Stärke die Verankerung in ihren Parteien fest. Die fortdauernde Relevanz der politischen Parteien bei Wahl und Auswahl des Bundespräsidenten, der Richter des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesrates diskutieren *Michael Henkel*, *Oliver Lembcke* und *Sven Leunig*. Selbst die Rollenorientierungen der Abgeordneten, so die empirische Analyse *Heinrich Bests*, werden entscheidend durch ihre Parteizugehörigkeit geprägt.

Im dritten Kapitel führen *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* aus, dass die Dauerkritik am Parteienstaat nicht ohne legitimatorische Folgen geblieben ist – eine These, die von *Jürgen Maier* anhand von Umfragedaten empirisch unterlegt wird. Dass die sinkende Reputation sich bisher allerdings kaum auf die Aktivitätsbereitschaft der Parteimitglieder und damit auf die Arbeitsfähigkeit der Parteiendemokratie auswirkte, kann *Antonius Liedhegener* darlegen. Wie sich im Parteienwettbewerb der Trend vom Zweieinhalb- zum Fünfparteiensystem vollzog, zeichnen *Dieter Oberndörfer*, *Gerd Mielke* und *Ulrich Eith* nach, während *Eckhard Jesse* die damit einhergehende veränderte koalitionspolitische Haltung der SPD gegenüber SED, PDS, Linkspartei und der LINKEN kritisch beleuchtet.

Die für die jungen Bundesländer charakteristische nachholende Entwicklung des Parteiensystems wird im Beitrag von *Bernhard Vogel* zur Regierungspraxis in Thüringen sowie in den Analysen von *Michael Edinger*, *Andreas Hallermann*, *Werner Patzelt* und *Josef Piloušek* nachvollziehbar. Besonders aufschlussreich ist der internationale Vergleich im 5. Kapitel, aus dem deutlich wird, dass sich auch im politischen System der USA, Frankreichs und der Schweiz eine Tendenz zu mehr Parteienstaat feststellen lässt; lesenswert sind die Beiträge von *Michael Dreyer*, *Helmut Norpoth*, *Kurt Müller*, *Adolf Kimmel* und *Dieter von Schrötter*.

Vergleichbar dazu erst im Stadium des Aufbaus funktionsfähiger Parteiensysteme befinden sich die Entwicklungsländer, wie am Beispiel Lateinamerikas (*Erich Schmitz*), Libanons (*Theodor Hanf*) oder Namibias (*Heribert Weiland*) dargelegt, sowie die bemerkenswerte Parteienentwicklung in Ostmitteleuropa (*Hans-Joachim Veen*). Abschließend zeigen *Werner Link* und *Reimund Seidelmann* in ihren Beiträgen, dass die Parteien zunehmend eine aktive, eigenständige Rolle in Außenpolitik und internationaler Zusammenarbeit einnehmen. Damit eröffneten sich im Sinne eines Mehrebenenmodells neue Perspektiven einer „effective global governance“ mittels der politischen Parteien. Für einen Abgang auf die Parteiendemokratie, so die Botschaft des Sammelbandes, ist es entschieden zu früh.

Wilhelm Bürklin